

Kombilohn in der Kontroverse

Stichworte zum Kombilohn

Der Kombilohn soll sicherstellen, dass einfache Arbeiten auch dann existenzsicherndes Einkommen abwerfen, wenn eine aus Arbeitgebersicht akzeptable (rentable) Entlohnung nicht ausreicht. Der Staat erhöht das Arbeitseinkommen durch einen Zuschuss. Möglich ist – beim Magdeburger Modelle – auch eine Übernahme von Sozialversicherungsbeiträgen.

2. Potenzielle Kombilohnbezieher sind 1,8 Mio. Langzeitarbeitslose, Arbeitslose unter 25 und über 55 sowie ohne Berufsausbildung.

3. Vordergründig profitiert der Betroffene, weil er etwas mehr Lohn erhält. Dafür hat er kaum noch eine Chance, aus dem Niedriglohnsektor herauszukommen. Diese Subventionierung trägt nicht dazu bei, wieder in den ersten Arbeitsmarkt zu kommen, weil Unternehmen diese Billigjobs gerne nutzen.

4. Kritik am Kombilohn:

4.1. Für den Staat ist das ein Subventionsfass ohne Boden. Ein riesiger dauerhafter Zuschussbedarf würde entstehen. Werden die gesamten Kosten berücksichtigt (auch der Wechsel vom Vollzeitjob in den Kombilohnjob mit entsprechenden Verlusten bei den öffentlichen Abgaben), dann belaufen sich die Kosten eines zusätzlichen, staatliche geförderten Beschäftigungsverhältnis auf der Basis eines Kombilohns auf mehr als 40 000 €.

4.2 Kombilohn geht nicht ohne gesetzlichen Mindestlohn

- Die Unternehmen missbrauchen das Modell im Sinne von Mitnahmeeffekten; es ist betrugsanfällig.
- Die Gefahr ist groß, die Niedriglöhne noch mehr abzusenken. Deshalb ist, wie in Großbritannien, das Modell ohne einen gesetzlichen Mindestlohn nicht zu machen.
- Die Tariflandschaft gerät unter die Lohndrückerei.
- Es könnte ein Drehtüreffekt entstehen: Die Unternehmen entlassen, um die Betroffenen mit Kombilohn wieder reinzuholen.
- Die Unternehmen senken das betriebliche Qualifikationsniveau.

4.3. Die Kombilöhne bedrohen die 400 €-Jobs. Um einen Anreiz herzustellen, zwingen diese zur Senkung des Arbeitslosengeld II-Mindestbetrags. So schlägt das Ifo-Institut vor, das Alg II um 30% abzusenken, wenn einer gemeinnützigen Arbeit nicht nachgegangen wird.

4.4. Das Mainzer-Modell (eine Zeit lang Zuschüsse), das für ein Jahr (bis 2003) für ganz Deutschland galt, ist mangels Teilnahme gescheitert.

4.5. Jobs werden am Ende nur durch Investitionen geschaffen. Hier muss die Wirtschaftspolitik ansetzen. Die Arbeitsmarktpolitik muss dafür sorgen, dass mit ihren Maßnahmen, die Chance für die betroffenen Gruppen, in den ersten Arbeitsmarkt zu kommen, steigen. Dazu gehören Qualifizierungsmaßnahmen.
